



Pressemitteilung 12/2010

München, 07.07.2010

BUNDESREGIERUNG MUSS DEN KOMMUNEN BEI DEN SOZIALAUSGABEN HELFEN

Bayerischer Gemeindetag und Gemeindetag Baden-Württemberg fordern Entlastung der kommunalen Haushalte

Auf einer gemeinsamen Sitzung heute im Rathaus der unterfränkischen Stadt Iphofen forderten der Gemeindetag Baden-Württemberg und der Bayerische Gemeindetag die Bundesregierung auf, sich an den Sozialausgaben der Kommunen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung nachhaltig und dauerhaft zu beteiligen. Dies betrifft insbesondere die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Hilfe zur Pflege, aber auch die Hilfe für Arbeitssuchende und die Grundversicherung im Alter. „Das heute vom Bundeskabinett beschlossene Sparprogramm hilft den Gemeinden, Märkten und Städten nicht. Wir haben dem Bund kürzlich eine Reihe von Sparvorschlägen übersandt. Die sollte er eingehend prüfen – und übernehmen“ sagte Bayerns Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Baden-Württembergs Gemeindetagspräsident Roger Kehle ergänzte: „Wir brauchen endlich eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben. Sonst können die Kommunen ihre eigentlichen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erbringen.“

Die Präsidien der beiden Gemeindetage befassten sich auf ihrer heutigen gemeinsamen Sitzung neben dem Sparprogramm der Bundesregierung auch mit der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg und der Stellung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern und Baden-Württemberg.